



## Asien-Newsletter

31. Oktober 2016

Inhaltverzeichnis		Seite
<i>China</i>	<i>Programm zur Lösung des Schuldenproblems</i>	<i>1</i>
	<i>Firmenübernahmen kommen ins Stocken</i>	<i>1</i>
	<i>Peking erhebt neue Gebietsansprüche</i>	<i>2</i>
<i>Hongkong</i>	<i>Chinakritische Aktivisten ziehen ins Parlament ein</i>	<i>2</i>
<i>Südkorea</i>	<i>Samsung in der Krise</i>	<i>3</i>

### China

#### Programm zur Lösung des Schuldenproblems

Pekings Verschuldung soll unter Kontrolle gebracht werden. Chinas Ausgaben sind die höchsten weltweit, die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich warnt schon länger vor einer Schuldenblase. 2008 betrug die Gesamtverschuldung etwa 145 Prozent des BIP, jetzt wird sie auf mehr als 250 Prozent geschätzt. Vor allem Staatsunternehmen, Produzenten von Stahl, Aluminium oder Zement, verschuldeten sich mit billigem Geld und haben enorme Überkapazitäten angesammelt. Auch diverse Infrastrukturprojekte wurden über Schulden finanziert. Chinas Firmen stehen mit insgesamt mit über 16 Billionen Euro in der Kreide. Fast ein Viertel nimmt zu wenig ein, um die Schulden bedienen zu können. Nun sollen staatliche Konzerne öfter überprüft und mehr Firmenpleiten zugelassen werden, es wird staatliche Hilfen für Unternehmen, mehr Fusionen und Übernahmen geben. Der Hauptpunkt des Programms besteht darin, dass Firmen Kredite in Unternehmensanleihen umwandeln

können, wodurch die Bank statt Geld ein Aktienpaket erhält. Die Liquidität der Banken könnte sinken, die nicht mehr Kredite bewilligen können als Sparer Geld hinterlegt haben. Großkredite gingen bisher an staatliche Unternehmen, da Peking ja sowieso haftet, anstatt vielen mittelständischen Firmen Kleinkredite zu gewähren. Jetzt sollen nur Anteile von gesunden Unternehmen mit kurzzeitigen Problemen übernommen werden; die Regierung werde bei Verlusten nicht mehr einspringen. Aber solche Firmen könnten eher versuchen, umzuschulden, statt Anteile zu vergeben. Die Ratingagentur S & P warnte bereits, dass bei Zahlungsausfällen staatlicher Betriebe die Banken bis zu 1,5 Billionen Euro an Kapital benötigen könnten. Der Anteil fauler Kredite stand Ende 2015 bei 5,6 Prozent, die Zahl könnte bei ungebremster Darlehensvergabe auf elf bis 17 Prozent steigen.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 10.10.2016

#### Firmenübernahmen kommen ins Stocken

Überraschend wurde der Verkauf des Anlagenbauers Aixtron an chinesische Investoren ausgebremst und die Unbedenklichkeitserklärung des Bundeswirtschaftsministerium vom September zurückgezogen. Auch der amerikanische Geheimdienst schaltete sich ein, da die Produkte von Aixtron im chinesischen Nuklearprogramm benutzt werden könnten. Ein ähnliches Schicksal ereilte die LED Sparte von Philips, die von der US-Behörde im

Januar wegen Sicherheitsbedenken am Verkauf gehindert wurde, da die gefertigten LEDs militärisch einsetzbar seien. Auch Osram scheitert bisher mit dem Verkauf der Glühbirnen Sparte an ein chinesisches Konsortium, da die Unbedenklichkeitserklärung des Wirtschaftsministeriums noch nicht erteilt wurde. Unter Experten wächst zu Recht der Zweifel, ob die Behörden den chinesischen Kauf freigeben.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 29.10.2016

## Peking erhebt neue Gebietsansprüche

Nachdem China bereits im Ostchinesischen Meer eine Flugüberwachungszone deklariert hat, die allerdings weder von den USA noch von anderen Nationen anerkannt wird, erhebt Peking jetzt auch im Südchinesischen Meer Gebietsansprüche. Damit müssten sich ausländische Flugzeuge bei der chinesischen Luftüberwachung anmelden, bevor sie die Zone durchfliegen. Die Philippinen schalteten das UN-Schiedsgericht in Den Haag ein, weil sie die

Souveränitätsrechte in ihrer Wirtschaftszone in dem im UN-Vertrag festgelegten Meeresgebiet verletzt sahen. Das Schiedsgericht wies die chinesischen Ansprüche zurück. Obwohl das Urteil rechtskräftig ist, gibt es jedoch keine Mittel zur Durchsetzung. Peking weigerte sich, das Urteil anzuerkennen, sprach von einer Manipulation des Gerichts, das von den Philippinen Geld für die Entscheidung erhalten hätte und droht mit militärischen Maßnahmen.

Quelle: Zeit, 13.07.2016

## Hongkong

### Chinakritische Aktivisten ziehen ins Parlament ein

Bei der Parlamentswahl in der chinesischen Sonderverwaltungszone Hongkong gewannen vier chinakritische Aktivisten einen Sitz im Legislativrat. Eine klare Forderung nach Unabhängigkeit durften sie nicht aussprechen, da dies zum Ausschluss geführt hätte, aber sie plädierten für eine wesentlich größere Selbstbestimmung. Das erste Mal seit Ende der britischen Kolonialherrschaft gibt es damit eine neue politische Kraft in Hongkong. Bisher waren die wichtigsten politischen Richtungen Gefolgsleute von Peking oder etablierte pekingkritische Anhänger für mehr Demokratie, die jedoch eine Unabhängigkeit von Peking ablehnen. Sie verfügten über die Sperrminorität von einem Drittel der Sitze. Die Beteiligung bei den jüngsten Wahlen erreichte mit etwa 60 Prozent einen neuen Rekord. Es war die erste Wahl seit der Regenschirmrevolte 2014, als Tausende junge Hongkonger mit bunten Schirmen 79 Tage lang gegen den zunehmenden

Einfluss Chinas und für größere Unabhängigkeit auf den Straßen gingen. Der Protest galt als gescheitert, der Druck Pekings verschärfte sich und Kandidaten mit separatistischem Programm wurden von der Wahl ausgeschlossen. Aber die Wortführer der Proteste von 2014 professionalisierten sich, gründeten neue Parteien und hatten bahnbrechende Wahlerfolge. Aus den Flügelkämpfen der Bewegung gingen neue und gemäßigte Kräfte hervor. Das demokratische Lager war gespalten. Viele Ältere wünschten keinen Bruch mit China, das sie als ihr Zuhause ansehen. Bei den Jüngeren setzten sich schließlich die Kandidaten durch, die eine klarere Haltung als die vorherige Generation, aber keinen völligen Bruch mit Peking wollen. Das prodemokratische Lager hat damit seine Ziele noch übertroffen. Der prochinesische Stadtchef bleibt zwar an der Macht, aber die Demokraten stellen nun eine Vetomacht und können umstrittene Gesetze blockieren und Pekings Einfluss zügeln.

Quelle: Zeit, 05.09.2016



黃道聯盟工作室  
HUANG+JAUMANN

**Projektdurchführung  
in China – Experten ebnen  
Ihnen den Weg.**

## Südkorea

### Samsung in der Krise

Trotz intensiver Bemühungen war es Samsung nicht gelungen sein Flaggschiff, das Galaxy 7, erfolgreich zu überarbeiten. Als sich die Berichte häuften das auch die ausgetauschten Geräte Feuer fangen, hat sich Samsung Mitte Oktober zu dem Schritt entschlossen, seine Kunden aufzufordern, das Gerät überhaupt nicht mehr einzuschalten. Die Rückrufaktion dürfte Samsung etwa eine Milliarde Euro kosten. Vor kurzem gab der Konzern einen Quartals Profit von 6,2 Milliarden Euro bekannt und dürfte daher den Verlust

problemlos verkraften, zudem Samsung auf 21 Milliarden Euro Cash zurückgreifen kann. Schnell machte es in Korea die Runde, ob dem Konzern das gleiche Schicksal wie Nokia drohen könnte? Davon ist nicht auszugehen, da Samsung breit aufgestellt ist. Bisher gelang es Samsung im Vergleich nun anderen Android-Anbietern die höchsten Profite zu erwirtschaften. Die Führungsrolle steht jedoch durch chinesische Hersteller und den neuen Pixel-Smartphones von Google in Gefahr.

*Quelle: Süddeutsche Zeitung, 11.10.2016*



Redaktion: Ulli Jenisch, Georg Jaumann

Kostenlose Abonnement : [newsletter@huang-jaumann.de](mailto:newsletter@huang-jaumann.de)

#### Huang+Jaumann Wirtschaftsbüro

Bauerntanzgässchen 1, D- 86150 Augsburg

Fon: 49-821-31 99 840

Email. [info@huang-jaumann.de](mailto:info@huang-jaumann.de)

Web. [www.huang-jaumann.de](http://www.huang-jaumann.de)

#### Leistungen:

\* Interkulturelles Training - Asien

\* Beratung zu Projektmanagement in China und Taiwan